



# WAHLPRÜFSTEINE

- Pflege -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

### 1. Wie wird Ihre Partei dazu beitragen, dass die Bedarfe für Pflege der älteren Menschen in Köln sowohl ambulant als auch stationär gedeckt werden können?

#### **SPD**

Köln braucht bis 2025 1.100 zusätzliche Pflegeplätze. Dafür müssten sich heute eigentlich schon 14 Bauvorhaben in der Planung befinden. Wir werden dafür sorgen, dass der Bau von Pflegeeinrichtungen bei der Verteilung der Flächen endlich berücksichtigt wird. Hinzu kommt, dass Pflegebedürftige für die Betreuung in einer Einrichtung im bundesweiten Schnitt einen Eigenanteil von 1.940 Euro pro Monat

#### **Die GRÜNEN**

Wir unterstützen einerseits die Verwaltung bei der umfangreichen Örtlichen Planung Alter und Pflege für die Stadt Köln. Andererseits muss in jedem Neubaugebiet darauf geachtet werden, dass auch Plätze für ambulante und stationäre Pflege sowie besondere (Pflege-) Wohngruppen mitgeplant und umgesetzt werden.

#### **DIE LINKE**

Die Pflegeheimplätze in Köln müssen ausgebaut werden. DIE LINKE möchte das zuallererst im stadteigenen Unternehmen SBK tun. Nur hier hat der Stadtrat mittelbar Einfluss auf die Qualität der Pflege und kann über seine Aufsichtsratsmitglieder steuernd eingreifen. Dabei ist der Personalmangel in der Altenpflege ein großes Problem. Der Beruf ist wegen der hohen Belastung, aber auch der schlechten Bezahlung unattraktiv, gerade in einer teuren Millionenstadt. Hier

#### **CDU**

Sowohl bei der ambulanten als auch der stationären Pflege besteht eine Mangelsituation, die sich in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels verschärfen wird. Dies hat für die Betroffenen und die Familien, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen nicht selbst versorgen können, dramatische Auswirkungen – in sozialer und oft auch in beruflicher Hinsicht. Dem

#### **OB Frau Reker**

Im Neubau und bei der Stadtentwicklung muss die ambulante Pflege mit eingeplant werden. Es wird entsprechend Wohnraum für die Einrichtung einer „Wohngemeinschaften für Demenzkranke“ mitgeplant. Das Konzept hat sich bewährt und soll vom Modell zur Serie geführt werden. Das Sozialamt soll dabei den Bedarf feststellen und unterstützend mitwirken.

Ich werde, schon im Vorgriff auf den Klinikverbund, ein Ausbildungszentrum mit 2300 Plätzen für die Pflege errichten und damit Köln zur

#### **FDP**

Zu diesem Themenkomplex liegen uns keine Antworten vor.



Caritas für Köln fragt nach

# WAHLPRÜFSTEINE

- Pflege -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

tragen müssen, in NRW aber mit durchschnittlich 2.357 Euro am meisten. Das können sich immer weniger Kölner Senior\*innen leisten. In Köln können wir das leider nur wenig beeinflussen. Aber wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Pflege bezahlbar und ambulante Pflege für so viele Menschen wie möglich eingerichtet wird.

\*

kann das stadt-eigene Unternehmen mit Wohnheimen für Auszubildende und Werkwohnungen, sowie Bezahlung nach dem Tarif im öffentlichen Dienst attraktiv sein. Pflegeheime sollten in neu entstehenden Vierteln mitgeplant werden. Hier kann die Stadt über Erbpachtverträge städt. Grundstücke in Konzeptvergabe auch an Träger vergeben.

gilt es, entgegenzuwirken. Landes- und Bundesregierung haben bereits verschiedene Programme aufgesetzt, um Pflegeberufe attraktiv zu machen.

\*\*

Innovationsmetropole in Sachen Pflege in Deutschland machen.

\* **SPD:** In Köln möchten wir nachbarschaftliche Unterstützungsnetzwerke aufbauen und andere Wohnformen, die Pflege und Betreuung einschließen, ausweiten, z. B. „Wohnen für Hilfe“. Wir wollen pflegenden Angehörige von Menschen mit Demenz entlasten und im psychosozialen Bereich bedarfsgerecht unterstützen. Sie müssen besonders gefördert werden, z. B. durch Zeitkonten oder betriebliche Freistellungen für die Pflege. Die SBK bieten Individualwohnen im Appartementhaus an, wo dann ein Übergang zu betreutem Wohnen für unterschiedliche Zielgruppen mit der letztlichen Möglichkeit der Versorgung durch Pflegedienste sichergestellt ist. Solche Wohnprojekte mit stufenweisen Übergängen entsprechend dem individuellen Bedarf wollen wir ausweiten.

\*\* **CDU:** Wir unterstützen alle Maßnahmen der Stadt Köln, um Pflegefachkräfte und entsprechend anerkannte Pflegeassistenten, Heilerziehungspfleger und Pflegehelfer für die Unterstützung in der Pflege sowie Medizinische Fachangestellte und Physiotherapeuten insbesondere für die stationäre Pflege zu gewinnen. Dazu haben wir auch einen Runden Tisch Pflege auf städtischer Ebene initiiert.





# WAHLPRÜFSTEINE

- Pflege -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

### 2. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei oder wird sie fortsetzen und ausbauen, damit ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer Wohnung im Veedel bleiben können?

#### **FDP**

Bei der letzten Kommunalwahl haben wir noch diskutiert, ob die damaligen Kürzungen von Grünen und SPD in der offenen Altenarbeit - insbesondere bei den Seniorennetzwerken - zurückgenommen werden könnten. Diese Kürzungen sind inzwischen nicht nur zurückgenommen worden, sondern die Seniorenarbeit ist finanziell und personell erheblich besser ausgestattet worden. Die FDP hat dieses auch maßgeblich unterstützt. Wohlwissend, dass präventive Maßnahmen dabei helfen, dass ältere Menschen möglichst lang

#### **SPD**

Wir möchten Menschen ermöglichen, sich die Wohnmöglichkeiten im Alter auszusuchen, die sie selbst für die beste halten. So lange und so weit wie möglich müssen die individuellen Bedürfnisse zählen. Aber: Bezahlbare bedarfsgerechte Wohnungen für ältere Menschen sind in Köln leider sehr knapp. Hinzu kommen Altersarmut und hohe Mieten. Die Stadt muss bezahlbare und barrierefreie Wohnungen errichten. Allerdings reicht eine bauliche Verbesserung nicht immer aus, und

#### **Die GRÜNEN**

Eine moderne Quartiersentwicklung zielt darauf ab, die Lebensbedingungen nach den Bedarfen der Bewohner\*innen jeden Alters auszurichten. Dabei sind Barrierefreiheit, eine gute ÖPNV-Anbindung, eine fußläufige Nahversorgung sowie ausreichende ambulante und hauswirtschaftliche Dienstleistungsangebote oder auch Spiel-/Sport- und Freizeitmöglichkeiten wichtige Teilaspekte. Darauf muss vor allem bei Neubaugebieten geachtet werden. Wir wollen den Ausbau der Senior\*innen-

#### **DIE LINKE**

Die bestehenden Maßnahmen, damit Menschen in ihren Wohnungen bleiben können, müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das Problem ist aber, dass sich viele alte Menschen diese Dienstleistungen nicht leisten können. Hier muss die Stadt kurzfristig, zusätzlich zu dem subventionierten Preis, einspringen. Auf lange Sicht müssen diese Kosten über die Pflegeversicherung finanziert werden, auch wenn die Betroffenen

#### **OB Frau Reker**

Die Gesellschaft des langen Lebens begreife ich als Chance für Köln. Ich setze mich für eine Stadtentwicklung mit einem starken Aspekt der sog. „Caring Community“ ein. Der Begriff beschreibt die Merkmale einer Gesellschaft, die sich um ihre Mitglieder kümmert und ihnen Wahlmöglichkeiten für ihre Lebensgestaltung bietet. Das beinhaltet die praktische Gestaltung von verlässlichen Sorge-Strukturen unter Einbeziehung vieler Akteure (Kirchenverbände, Wohlfahrtsträger, Stadt und Krankenkassen):

#### **CDU**

Selbstbestimmtes und unabhängiges Wohnen und Leben im Alter erfordern oft nicht nur Wohnraumanpassung und Hilfen bei der Haushaltsorganisation, sondern ein Miteinander von älteren Bewohnern, ihren Angehörigen, Nachbarschaften, Ehrenamtlichen, Vereinen, Institutionen und den professionellen Mitarbeitern. Die Kölner CDU sieht folgende Themen als grundlegend für ein altersgerechtes Wohnumfeld an:



# WAHLPRÜFSTEINE

- Pflege -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Mit der Seniorenkoordination ist zudem ein neues Angebot für ältere Menschen geschaffen worden. Die Seniorennetzwerke, für die sich die FDP in den Haushalts-verhandlungen immer besonders eingesetzt hat, sind sowohl zahlen-mäßig als auch personell erheblich gewachsen. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden, damit wir die Herausforderungen des demographischen Wandels auch gut gestalten können. Zur Ehrlichkeit gehört allerdings auch dazu, dass durch die Coronakrise nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Es wird vor allem darum gehen, bestehende Strukturen zu erhalten.

pflegebedürftige Menschen brauchen irgendwann vielleicht auch fremde Hilfe. Hier wollen wir die präventiven Hausbesuche und der ambulanten Pflege mit haushaltsnahen Hilfen ausbauen. Neben senior\*innengerechten Wohnungen müssen wir aber auch lebendige Veedelszentren mit funktionierendem Einzelhandel und gesundheitlicher Versorgung entwickeln. Dadurch werden Autofahrten überflüssig, und Menschen können sich wohnortnah versorgen.

\*

Netzwerke weiterhin konstruktiv begleiten und diese zu Senior\*innen-Treffs in allen Stadtteilen weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die präventiven Hausbesuche mit der Beratung für Ältere (ab 75 Jahre) jährlich angeboten werden und das dafür notwendige Personal bedarfsgerecht aufgestockt wird. Darüber hinaus wollen wir das Angebot von hauswirtschaftlichen und ambulanten Hilfsdiensten bedarfsgerecht gestalten, um die Wartezeiten abzubauen.

\*\*

keinen Pflegegrad haben. Wir kämpfen außerdem gegen die Verdrängung der Menschen durch zu hohe Mieten, z. B. indem wir Luxussanierungen über Milieuschutzsatzungen verbieten wollen. Hier muss die Stadtverwaltung schneller reagieren. Auf Bundesebene ist DIE LINKE für eine Mietpreisbremse aktiv.

Dazu gehören insbesondere:  
+ Inklusive Wohnquartiere, die die Bedarfe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigen

+ Einbindung von Pflege- und Betreuungsstrukturen in den Quartieren und im sozialen und freifinanzierten Wohnungsbau

\*\*\*

Barrierefreiheit, ÖPNV, Freizeitmöglichkeiten, Wohnraumgestaltung, Beratungs- und Serviceangebote. Wir fordern am Menschen orientierte kooperative und integrierte Ansätze, die Wechselwirkungen zwischen Wohnen und Teilhabe sowie inter- und intragenerationelle Beziehungen im Quartier einbeziehen. Interessen und Kompetenzen der beteiligten Akteure sollen gebündelt werden, bauliche und soziale Maßnahmen ineinanderwirken

\*\*\*\*





Caritas für Köln fragt nach

# WAHLPRÜFSTEINE

- Pflege -

## Was tun Sie konkret?

Das sagen die Parteien dazu ...

**\*SPD:** Eine Fußgängerbeauftragte soll dafür sorgen, dass in der ganzen Stadt die Interessen der zu Fuß Gehenden immer mitgedacht werden und besser als heute bei Planungen und der Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen durchgesetzt werden können. Wege für Fußgänger müssen barrierefrei gestaltet sein und vor missbräuchlicher Nutzung bewahrt werden. Gegen Kontaktverlust und Vereinsamung gibt es z. B. die Seniorennetzwerke, die Seniorenberatung, die präventiven Hausbesuche, die Seniorenkoordination, die alle unter einer dünnen Personaldecke leiden. Das wollen wir ändern.

**\*\* Die GRÜNEN:** Mehr Plätze im öffentlichen Raum sollen geschaffen werden, die allen Generationen die Möglichkeit zum geselligen Austausch bieten. Gesundheitserhaltende und -fördernde Sportangebote für ältere Menschen wollen wir ebenso ausbauen, wie uns für erreichbare Notfall-Praxen einsetzen. Auch soll verstärkt über den Anspruch auf Grundsicherung im Alter und über Maßnahmen gegen Altersarmut informiert werden. Über den Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir eine Evaluation und Bedarfsanalyse der Seniorenarbeit in Köln in Auftrag gegeben.

**\*\*\* OB Frau Reker:** + Begegnungsstätten für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen im Quartier + Einbindung von Hospiz- und Palliativstrukturen in den Quartieren und im Wohnungsbau. Eine Caring Community sorgt dafür, dass Seniorenwohnen und Pflegeplätze inmitten der Quartiere liegen und den dort lebenden Menschen Teilhabe jedweder Art ermöglichen.

**\*\*\*\* CDU:** Über stationäre Pflegeeinrichtungen hinaus sollen integrative, partizipative und vernetzte Wohnlebensformen entstehen. Bürgerschaftliches Engagement und Gegenseitigkeitshilfen müssen gefördert werden. Zur Koordinierung in den Quartieren sollte jeweils ein professionelles Quartiersmanagement eingesetzt werden. Mit neuen Wohnformen werden Eigeninitiative, Teilhabe und Selbsthilfe durch niedrigschwellige Angebote gefördert, wobei professionelle Dienstleistungen integriert werden. Durch die Nutzung formeller und informeller Ressourcen soll die Gefahr sozialräumlicher Isolation gebannt werden.